

Unabhängiger Monitoringausschuss zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

*Öffentliche Sitzung in Eisenstadt
20. November 2017, 13:30 bis 16:30 Uhr*

Vorsitz: Christina **Wurzinger**

Mitglieder des Ausschusses:

Vertreter/innen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Bernadette **Feuerstein**

Christina **Wurzinger**

Vertreter aus dem Bereich der Menschenrechte:

Gunther **Trübswasser**

Vertreterin aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:

Johanna **Mang**

Vertreter/in der wissenschaftlichen Lehre:

entschuldigt

Ersatzmitglieder des Ausschusses:

Petra **Derler**

Volker **Frey**

Erich **Girlek**

Magdalena **Kern** (Schriftführerin)

Büro: Wolfgang Iser
Waltraud Palank-Ennsmann

Resümeeprotokoll

Begrüßung und Vorstellung

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden zur insgesamt 15. öffentlichen Sitzung und ersten im Burgenland. Sie erklärt, dass dies eine Menschenrechts-Sitzung ist. Alle Menschen sind gleich und haben gleich viel zu sagen. Daher wird niemand besonders begrüßt. Alle reden auf Augenhöhe, alle werden gleich begrüßt.

Heute ist auch ein Film-Team anwesend, von Gebärdenwelt TV. Sie werden die Sitzung mitfilmen. Auch von Radio FM4 ist jemand da, es werden Ton-Mitschnitte gemacht. Niemand unter den Anwesenden hat Einwände dagegen.

Alle anwesenden Mitglieder und Ersatzmitglieder des Ausschusses und die MitarbeiterInnen des Büros stellen sich vor.

Christina Wurzinger stellt die Arbeit des Monitoringausschusses vor und beschreibt die Funktionen des Ausschusses, was er leisten und nicht leisten kann. Sie erklärt, warum es öffentliche Sitzungen gibt. Es ist wichtig, dass Menschen mit Behinderungen berichten können, wie die Situation zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen in Österreich aussieht.

Das Thema der heutigen Sitzung ist die Umsetzung der UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Österreich muss 2018 und 2019 das nächste Mal berichten, die Vorarbeiten beginnen bereits. Die Frage ist, wo gibt es

aus Sicht der Anwesenden den größten Handlungsbedarf? Wo fehlt die Umsetzung der Konvention noch?

Die Vorsitzende erklärt, wie die Sitzung abläuft. Es gibt rote und gelbe Karten, um zu zeigen: Rot = das ist zu schwierig, bitte noch einmal. Gelb = das ist zu schnell, bitte langsamer.

Es gibt nach der Pause auch die Möglichkeit für Einzelgespräche, mit VertreterInnen des Ausschusses, der Patienten-Anwaltschaft und des Sozialministerium-Services.

Vortrag zur UN Konvention in Leichter Sprache

Erich Girlek erklärt Bedeutung und Inhalt der UN-Empfehlungen zur Umsetzung der Konvention und was das für Österreich heißt. (PowerPoint Präsentation)

Diskussion

Günther Leitner, Selbstvertretungs-Zentrum (SVZ) Wien. Heuer war eine Tagung vom Netzwerk Selbstvertretung. Die TeilnehmerInnen mussten in vielen verschiedenen Hotels wohnen, weil die Barrierefreiheit nicht gegeben war.

Oswald Föllerer, Vienna People First: Es gibt fünf bis sechs Fälle von Kindes-Entziehung in Wien, wo Menschen mit Lernschwierigkeiten ihre Kinder weggenommen wurden. Oft werden die Kinder zu Verwandten oder Pflegeeltern in anderen Bundesländern geschickt. Die Eltern können die Kinder dann nicht oder nur selten sehen. Das ist ein Widerspruch zur Konvention. Es braucht Unterstützung von Eltern mit Lernschwierigkeiten und Ausbildung der MitarbeiterInnen der zuständigen Behörden. Herr Föllerer hat die Fälle zusammengestellt und gibt sie dem Ausschuss.

Elizabeth Rotter-Sramenko, Moderatorin bei „Gebärdenswelt“: Bei der Kommunikation gehörloser Menschen gibt es viele Probleme, zB wenn sie zur Polizei gehen, und es keine Dolmetschung gibt. Österreichische Gebärdensprache ist seit 2005 in der Verfassung anerkannt. Es ist eine Schande, dass Menschen nicht entsprechend angehört werden und sich nicht verständlich machen können.

Henriette Gschwendtner, Exit Sozial: Zum Thema Kindes-Entziehung kennt sie auch viele solcher Fälle. In Oberösterreich gibt es in den Bereichen Wohnen und Fähigkeitsorientiertes Lernen sehr lange Wartelisten. Das Recht auf (selbstbestimmtes) Wohnen ist nicht umgesetzt.

Lukas Huber, Österreichischer Gehörlosenbund: Zum Thema Kindes-Entziehung gibt es einen Fall, bei dem er als Vertrauensperson hinzugezogen wurde. Eine gehörlose Mutter wollte in einem Krankenhaus ein HNO-Attest für ihr Kind bekommen. Eine Sozialarbeiterin dort verweigerte das Attest und wollte, dass das Kind ein CI (Cochlea-Implantat) bekommt. Das Sozialamt meinte, wenn die Mutter das Implantat ablehnt, dann muss das dem Jugendamt gemeldet werden. Das Kind könnte ihr entzogen werden. Die Mutter wollte ein Schlichtungsverfahren, damit diese „Empfehlung“ zurückgezogen wird. Das Jugendamt bejahte aber das Recht der Mutter, ihr Kind so zu erziehen, wie sie es für richtig halte. Die Mutter fühlte sich durch die Sozialarbeiterin diskriminiert.

In West-Österreich gibt es sehr wenige ÖGS-DolmetscherInnen und die Ausbildung wird nicht vom Wissenschafts-Ministerium gefördert. Das ist eine starke Benachteiligung im Westen des Landes, die muss ausgeglichen werden.

Harald Eillbogen, Selbstvertreter Lebenshilfe NÖ: Die Erneuerung des Sachwalterschaftsrechts in Richtung Erwachsenenschutz-Gesetz war sehr positiv,

Die Partizipation von SelbstvertreterInnen, in die er auch persönlich eingebunden war, war sehr gut gestaltet seitens des Justizministeriums.

Christina Wurzinger erklärt kurz den Prozess der Gesetzeswerdung. Die Reform war eine Reaktion auf eine UN-Empfehlung an Österreich. Das Gesetz tritt 2018 in Kraft. In der Umsetzung müssen die Bundesländer eine starke Rolle haben. Dazu wird es eventuell noch Arbeitsgruppen geben.

Maria Schwarr, Selbstvertretungszentrum: Sie liest ein Statement des SVZ Wien vor. Heute muss alles schnell gehen, alles wird komplizierter. Menschen mit Lernschwierigkeiten werden ausgegrenzt, obwohl sie ein Vorbild sein könnten. Langsamkeit wäre für alle gut.

Iris Kopera, SVZ: Menschen mit Behinderungen kommen in der Politik selten vor, außer es geht um Behinderung. Anfangs habe sie geglaubt, das sei ein Zeichen von Inklusion, aber über andere Gruppen wird schon gesprochen.

Charlotte Zott, Mutter eines Sohnes mit Down Syndrom: Schulpflicht beginnt mit sechs Jahren. Manche Kinder brauchen aber mehr Zeit. Ihr Sohn braucht das zusätzliche Kindergartenjahr, das sollte nicht bereits als Schuljahr gezählt werden, das dann am Ende fehlt. Zur Inklusion: Ihr älterer Sohn ging in eine Privatschule. Der jüngere Sohn sollte auch in diese Schule gehen, aber die Schule sagt, das sei finanziell nicht möglich. Kann man Bildungsförderung für Kinder nicht direkt an die Kinder koppeln, damit sie auch in private Schulen gehen können?

Erwin Würrer, ÖZIV Burgenland: Zur Eingangsfrage von Frau Wurzinger (wo fehlt die Umsetzung noch) meint er: Die Frage ist vielmehr, wo es *nicht* hapert. Für ihn gibt es 3 wichtige Bereiche: Barrierefreiheit, insbesondere Barrierefreiheit von Arzt-Praxen, Rechte von Kindern mit Behinderungen und Finanzierung dieser Rechte. Es braucht eine Vereinheitlichung der Förderungen, damit Familien nicht zwischen Bundesländern hin- und herziehen müssen, um Förderungen zu bekommen. Barrierefreiheit von Veranstaltungen ist ein großes Manko. Die Gemeinde Eisenstadt hat das Ziel, in etwa in den nächsten 10 Jahren barrierefrei zu sein. Dabei gibt es seit 2006 das Behindertengleichstellungsgesetz, mit 10 Jahren Übergangsfrist. In Oberwart sei es katastrophal, was Barrierefreiheit bei Lokalen angeht. Bei Pflichtschulkindern in Volksschulen müssen die Eltern bei Unterstützungsbedarf und Assistenzpersonen Beiträge leisten. Es gibt gute Gespräche mit der Landesregierung, aber von Ergebnissen ist man noch weit entfernt.

Gunther Trübswasser: Heute ist Internationaler Tag der Kinderrechte. Schule und Ausbildung für Kinder mit Behinderungen sind weit weg von Gleichberechtigung. Der Monitoringausschuss soll sich dieses Themas weiter verstärkt annehmen. Zur Barrierefreiheit kann er aus eigener Erfahrung berichten: Das Burgenland ist Tourismus-Region, aber die Lage bei Infrastruktur und Barrierefreiheit ist sehr schlecht. Nicht Hilfe, sondern Gleichberechtigung ist das Ziel. Die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln war ein „Lehrbeispiel“, sie ist mit Rollstuhl sehr schwierig. Das Mobilitätsservice der ÖBB konnte keine Garantie geben, ob es sich zeitlich ausgeht mit Ein- und Aussteigen. Der Bahnhof Eisenstadt ist nur benutzbar, wenn jemand beim Queren der Gleise hilft. Es braucht auch einheitliche Regelung der Bauordnungen der Bundesländer auf Basis der ÖNORM B1600 (Barrierefreies Bauen).

Einwurf Bernadette Feuerstein: Sie musste lange mit den ÖBB telefonieren. Das zeigt auf, dass der unhaltbare Zustand besteht, 2017 nicht barrierefrei von Wien in die Landeshauptstadt Eisenstadt fahren zu können.

Christina Wurzinger ergänzt: Ein übergreifender gesetzlicher Rahmen wäre wichtig, um die Umsetzung der Konvention voranzubringen, insbesondere auch zwischen Bund und Ländern. Dies ist auch eine UN-Empfehlung an Österreich.

Iris Kopera: Sie schildert die persönliche Erfahrung einer Zugfahrt mit der Westbahn nach Tullnerfeld. Ein Kollege wurde seitens des Kontrollors massiv aufgrund seines Aussehens und seiner Behinderung diskriminiert.

Henriette Gschwendtner: Es gibt Unterschiede beim Einsteigen mit Rollstuhl bei verschiedenen Verkehrsmitteln, das ist auch eine Diskriminierung. Unterschiede gibt es auch bei der Entlohnung von Menschen mit Behinderungen in Werkstätten und Einrichtungen, auch das ist eine Diskriminierung. Meist sind diese Menschen nicht einmal sozialversichert, sondern bekommen nur Taschengeld. Wie sollen diese Menschen einmal eine Pension bekommen?

Zusammenfassung der Diskussionsgrundlage mit Bildern durch Petra Plicka

Diskussion Fortsetzung:

Oswald Föllerer: Die Ausgleichstaxe im Zusammenhang mit Menschen mit Lernschwierigkeiten ist seit Jahren Thema. Firmen wollen diese Menschen nicht beschäftigen. Die Taxe sollte erhöht werden, damit Firmen nicht länger auskommen. Zu barrierefreien Wohnungen habe er eine Anfrage zu einheitlichen Standards von Barrierefreiheit an den Wohnbau-Stadtrat in Wien gemacht. Die Antwort war: Das ginge nur im Gleichklang der Bundesländer. Wenn ein Bundesland nicht mitmacht, geht das nicht. Die Politik reagiert ablehnend.

Lukas Huber: Er schildert die Erfahrung, dass Dolmetsch-Kosten bei Arztbesuchen in Niederösterreich nicht übernommen wurden. Er musste einen Gehaltszettel an das Landesamt schicken und den Bedarf nachweisen. Daraufhin wurde ihm gesagt, er würde zu viel verdienen. Dolmetsch bei Ärzten ist aber auf der taxativen Liste der Kosten, die übernommen werden müssen. Er muss also Dolmetsch privat bezahlen. Das Budget für diese Kosten gäbe es, ca. 2000 EUR/Jahr, aber es kann aufgrund seines Einkommens nicht ausgeschöpft und auch nicht für anderes ausgegeben werden, eine Ausgrenzung aufgrund von Einkommen. In anderen Bundesländern gibt es diese Diskriminierung nicht, sondern ganz andere Richtlinien.

Andreas Zehetner, Selbstvertreter Lebenshilfe NÖ: Die Sonderschule Mödling sei nicht bereit, eine inklusive Schule zu werden. Die Eltern sammelten Unterschriften gegen die inklusive Schule, der Bürgermeister unterstützte das.

Christina Wurzinger: Es gibt eine oft angst-gesteuerte Diskussion im Bereich Bildung, diesen Ängsten muss man entgegentreten. Das wird auch Thema bei der nächsten Staatenprüfung sein.

Maria Scherthaner, Verein LOK: Bei Menschen mit psychischen Erkrankungen in Krankenhäusern gibt es immer noch massive Fälle von Freiheitsentzug, auch wenn die Netzbetten abgeschafft wurden. Das benötigt die Aufmerksamkeit des Monitoringausschusses.

Günther Leitner: Die Menschen, die im Selbstvertretungszentrum arbeiten, sollten ein Gehalt bekommen. Dadurch würden sie aber viel Unterstützung verlieren, sie könnten sogar ihren Platz in der Tagesstruktur verlieren. Daher arbeiten diese Menschen jetzt ehrenamtlich.

Christine Pichler: Sie arbeitet in einer geschützten Werkstätte in Tirol, wo die Menschen nur Taschengeld bekommen, 40 EUR im Monat, das sind 2 EUR am Tag für volle Arbeit. Das sei nicht vertretbar.

Pause

Zusammenfassung mit Bildern durch Petra Plicka

Fortsetzung der Diskussion:

Christina Wurzinger weist darauf hin, dass man jetzt auch in Einzelgesprächen vor dem Saal Fragen und Anregungen geben kann. Dort warten Volker Frey vom Monitoringausschuss, Gerlinde Stern-Pauer von der Burgenländischen PatientInnen- und Behindertenanwaltschaft und Christine Kölbl vom Sozialministerium-Service.

Heidi Pletzenauer, Klientin von pro mente: Sie hat eine Peer-Ausbildung gemacht und berät auch KollegInnen. Sie berichtet von Diskriminierungen gegen Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen, denen die Begleitung von Unterstützungspersonen bei der Behandlung oder Untersuchung nicht ermöglicht wird, sogar, wenn dieser Bedarf von einer/einem Psychiater/in bestätigt wird. Es gibt Probleme beim Monitoring in Oberösterreich, es gibt nicht genug Unterstützung für die Monitoringstelle, es bewegt sich nichts weiter. Sie berichtet auch von Problemen bei Kostenerstattung für kranke Kinder durch die Tiroler Gebietskrankenkasse.

Es wird ein schriftliche Wortmeldung einer Mutter eines Kindes mit sehr hohem Unterstützungsbedarf verlesen: Das Sonderpädagogisches Zentrum in Frauenkirchen hat eine sehr alte Eingangstüre, die geht schwer auf. Ohne Hilfe kann man mit Rollstuhl nicht in die Schule. Es gibt nur einen weiter entfernten Behindertenparkplatz, der mit anderen Geschäften und Stellen geteilt wird.

Henriette Gschwendtner: Eine Bekannte bekam zwei Diagnosen, aber nur eine wird anerkannt für Rehabilitation.

Franz Maldet (Kriegsopfer- und Behindertenverband Burgenland): Er bestätigt, dass Begleitpersonen bei Begutachtungen häufig nach draußen geschickt werden. Bei Pflegegeld-Untersuchungen sollte die betroffene Person vorab verständigt werden. Sonst kann es dazu kommen, dass der Gutachter die Patientin nicht antrifft. Beispiel: Die Person braucht mit Treppenlift länger, um zur Tür zu kommen, bis dahin ist der Gutachter schon weg. Wenn dies mehrmals passiert, kann das Pflegegeld sogar gekürzt oder gestrichen werden.

Günther Leitner: Er berichtet vom erhöhten Pflegebedarf eines Angehörigen, dieser wird von ständig anderen ÄrztInnen begutachtet, das erzeugt große Verunsicherung. Er werde weitergeschickt von Stelle zu Stelle.

Verena Tomek, pro mente Vöcklabruck: Patienten-Verfügungen und Behandlungsvereinbarungen werden vielfach nicht respektiert, die ÄrztInnen im Krankenhaus ignorieren sie.

Iris Kopera: Sie berichtet, ein Kollege musste die Tagesstruktur verlassen, weil er psychisch erkrankte. Dann hatte er zu viele Fehltage und bekam seinen Platz nicht mehr. Das habe gravierende Auswirkungen auf sein Leben und das seiner FreundInnen und KollegInnen.

Harald Ellbogen: Er äußert Sorgen, wie die neue Regierung die Konvention weiter umsetzen wird.

Petra Derler: Zur Freiheit und Sicherheit der Person von Menschen mit psychosozialen Beeinträchtigungen meint sie: Niemand darf gegen seinen Willen in einer Einrichtung festgehalten werden. Es müssen Gespräche mit dem betroffenen Menschen geführt werden, statt sie nur mit Medikamenten ruhig zu stellen. Eine Umfrage des Vereins Freiräume ergab: Menschen, die selbst einmal sowohl Fixierung als auch Netzbetten erlebt hatten, gaben an, dass sie in Netzbetten weniger körperliche Verletzungen erfahren hatten, als wenn sie fixiert wurden. Fixierungen sind aber immer noch zulässig. Die Umfrage sei auf: www.freiraeume.at/20-jahre-freiräume-tagung/ einzusehen.

Bernadette Feuerstein: De-Institutionalisierung ist wichtig: Menschen sollen nicht in Heimen oder Einrichtungen wohnen müssen. Das war auch Thema der letzten Staatenprüfung, es wurden sogar Rückschritte festgestellt. Der Anteil der Menschen in Heimen/Institutionen steigt wieder an. Das UNO-Komitee empfiehlt Österreich bessere Unterstützungsstrukturen wie Persönliche Assistenz, damit Menschen in ihrer gewohnten und/oder gewünschten Umgebung leben können.

Christine Pichler: Zu Netzbetten und Fixierung meint sie, auch Medikamente dürfen nicht ignoriert werden. Menschen werden „weg-medikamentiert“. Das ist eine Verletzung der Menschenrechte.

Johanna Mang: Persönliche Assistenz sei wichtig, das bedeute, raus aus den Heimen. Arbeit sei wichtig: es gibt aber noch zu wenig finanzielle Unterstützung und Möglichkeiten für Persönliche Assistenz. Es gibt große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern. Sie bringt das Beispiel eines Praktikums bei Licht für die Welt: Für den Praktikanten war es sehr schwierig, dafür Assistenz genehmigt zu bekommen. Zuletzt konnte er Assistenz-Stunden für sein Universitätsstudium nur unter großem Aufwand durchzusetzen. Es wird Menschen sehr schwer gemacht.

Oswald Föllerer: Eine Bekannte war beim Arbeitsmarktservice. Ihr wurde gesagt, sie müsse eine Schulung machen, sonst werde sie gesperrt. Sie hat sich weiter beworben. Herr Föllerer versuchte, zu intervenieren, aber es wird nicht zugehört.

Henriette Gschwendtner: Elektro-Schocks sollen angeblich wieder angewendet werden, das darf nicht sein.

Heidi Pletzenauer: Es ist unzumutbar, wie sehr im sozialen Bereich eingespart wird. Das hat Auswirkungen in den Bereichen Gesundheit, Persönliche Assistenz, Therapien usw. Es sei unverständlich, dass das so gemacht wird. Das Land kann sich das leisten, während Firmen sofort Richtlinien und Gesetze umsetzen müssen.

Christina Wurzinger: Internationale Konventionen werden in Österreich unter so genanntem Erfüllungsvorbehalt ratifiziert, das heißt, man kann nicht direkt vor Gericht gehen. Als Einzelperson hat man wenig Rechtsmittel, die Rechte durchzusetzen.

Iris Kopera: Sie erzählt die Geschichte eines Bekannten, der mit Medikamenten vollgepumpt wurde.

Joachim Rohr, Assista: Zahlreiche Missstände wurden nun in der Diskussion aufgezeigt. Wie und wo wird der Monitoringausschuss aktiv, um die Missstände auch aufzulösen?

Christina Wurzinger schildert, was mit diesen Wortmeldungen passiert. Sie fließen thematisch in den Bericht an den Fachausschuss ein. Der Monitoringausschuss schreibt auch thematische Stellungnahmen, in die die Wortmeldungen einfließen. Es gibt auch ein Protokoll der Sitzung mit den Wortmeldungen, abrufbar auf der Website

des Monitoringausschusses: www.monitoringausschuss.at. Die Möglichkeiten des Monitoringausschusses Missstände direkt abzustellen, sind aber sehr begrenzt. Er kann nur immer wieder darauf hinweisen.

Bis zum 20. Dezember können noch schriftliche Ergänzungen nachgereicht werden (buero@monitoringausschuss.at).

Zusammenfassung mit Bildern durch Petra Plicka

Abschluss

Die Vorsitzende dankt allen Mitwirkenden: Petra Plicka für die Zeichen-Protokolle; Gudrun und Renate Amtmann für die Schriftzeile; Patricia Brück und Sabine Zeller für Gebärdensprach-Dolmetschung; den VertreterInnen des Sozialministeriumservice Christine Kölbl, Evelin Lang, Michael Potetz, Nikolaus Wachter für ihre Unterstützung; Anna Slaby, Christoph Prieler, Karin Jobst und Manuel Nöbauer von der Organisation des Kulturzentrums; Andreas Kovacs und Harald Schmatz von der Technik; Waltraud Palank-Ennsman und Wolfgang Iser vom Büro des Ausschusses; den anwesenden Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Ausschusses; und insbesondere dem Publikum für das Kommen, die Aufmerksamkeit und die zahlreichen Beiträge.